

Guten Morgen, Lübbecke Land

Morgenstund hat nicht immer Gold im Mund, wie Müller kürzlich erfahren musste. Er stand mit seinem Kaffeefüllautomaten mal wieder auf Kriegsfuß. Noch leicht schlaftrig, drückte er auf den wichtigen Knopf, der das Lebensgeister weckende schwarze Getränk produziert. Nichts rührte sich. Stattdessen blinkte ein rotes Lämpchen. Ach so, der Behälter mit dem Kaffeesatz war voll. Er leerte das Gefäß. Noch einmal auf den Knopf. Immer noch nichts. Es blinkte ein anderes

rotes Lämpchen. Der Wasserbehälter war leer. Schon leicht unwillig, entnahm er besagtes Gefäß und füllte es – nach Vorschrift. Voller Hoffnung endlich seinen Kaffee genießen zu können, drückte Müller noch einmal auf den großen Schalter. Noch immer nichts. Stattdessen ein schnarrender Ton und wildes Blinken aller roten Lämpchen: Kaffeebohnen fehlten. Der Griff zur Vorratsdose brachte auch nicht den gewünschten Erfolg – sie war leer. Ich geb's auf, sagte Müller

Standfestigkeit der Grabsteine wird überprüft

■ **Lübbecke** (nw). Die Grabmale auf dem Städtischen Friedhof Lübbecke werden ab 16. September durch ein Fachunternehmen auf Standfestigkeit überprüft. Aufgrund der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften sei die Stadt zur regelmäßigen Prüfung verpflichtet, um Sach- und Personenschäden durch umstürzende Grabsteine zu verhindern. Grabmale, die sich bei der Prüfung als nicht standsicher erweisen, werden mit einem gelben Aufkleber versehen, teilt die Verwaltung mit. Die Nutzungsberechtigten der Grabstellen würden von der Friedhofsverwaltung anschließend schriftlich zur Behebung der Mängel aufgefordert.

Augenarzt-Sitz weiter ausgeschrieben

■ **Lübbecke Land** (-sl-). Im Nordkreis sind nach der neuen Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe neun neue Hausarzt-Stellen möglich. Derzeit aber scheint es an Bewerbern zu mangeln. Anträge auf Zulassung sind laut KV noch nicht gekommen. Nach wie vor ausgeschrieben ist auch der augenärztliche Vertragsarztsitz in der Stadt Lübbecke.

> Seite Rahden

Sanierung könnte noch teurer werden

■ **Stemwede-Drohne** (-sl-). Stemweder Landwirte fordern einen Erhalt und die umgehende Sanierung der Bahnüberführung „In den Wiesen“ in Drohne. Die Brücke ist marode und eine Sanierung sollte zunächst rund 200.000 Euro kosten. Mittlerweile sollen es schon 280.000 Euro sein und deshalb beraten die Mitglieder des Betriebsausschusses am 8. Oktober erneut, ob die Brücke erneuert oder doch abgerissen wird. Dabei dürfte dann auch eine Rolle spielen, dass eine Sanierung möglicherweise noch teurer kommen könnte als bislang erwartet.

> Seite Stemwede

Volker Beck im „Eisstübchen“

Grünen-Bundespolitiker diskutiert über Kinderarmut

■ **Lübbecke** (tyl). Sechs Tage vor der Bundestagswahl werben die Grünen noch einmal um Stimmen in der Fußgängerzone. Kommenden Dienstag (17. September, 11.00 – 13.00 Uhr) besucht der parlamentarische Geschäftsführer und Sprecher für Menschenrechtspolitik im Bundestag Volker Beck das „Eisstübchen“ in der Langen Straße 18. Gastgeber ist Burghard Grote, der im hiesigen Wahlkreis Direktkandidat ist und das Amt des dritten Bürgermeisters bekleidet.



Sprecher für Menschenrechte: Volker Beck (Grüne) FOTO: KOHLMEIER

„Zeit für den Grünen Wandel – die moderne Gesellschaft – Menschen- und Bürgerrechte“ – so lautet das Thema der Diskussionsveranstaltung, die von Ute Koczny (MdB) aus Lippe moderiert wird. Konkret soll es um die 2,5 Millionen Kinder

und Jugendliche gehen, die trotz des in Deutschland vorhandenen Reichtums in Armut aufwachsen. Nach Ansicht der Grünen hat diese Ungerechtigkeit unter der jetzigen Regierung noch zugenommen.



Volle Reihen: 650 Oberstufenschüler sind zur Podiumsdiskussion in die Lübbecke Stadthalle gekommen. Vor ihnen auf der Bühne sitzen die sechs Bundestagskandidaten für den Kreis Minden Lübbecke. FOTOS: TYLER LARKIN

Politikunterricht der anderen Art

Bundestagskandidaten stellen sich den Schülern von Berufskolleg und Wittekind-Gymnasium

VON JESSICA WEISER

■ **Lübbecke**. Es war eine Politikstunde der etwas anderen Art für 650 Oberstufenschüler des Berufskollegs und des Wittekind-Gymnasiums. Die sechs Bundestagskandidaten für den Kreis Minden-Lübbecke stellten sich zwei Stunden lang ihren Fragen. Und die hatten es in sich: Von Betreuungsgeld über Rüstungsexporte bis hin zum Adoptionsrecht für homosexuelle Paare.

„Wir freuen uns, dass wir eine so große politische Veranstaltung auf die Beine gestellt haben“, freut sich der Schulleiter des Lübbecke Berufskollegs, Stefan Becker. Er erhoffte sich eine praxisnahe und motivierende Politikstunde.

Nach einem eher zaghaften Start wurden die Politiker von den Schülern ins Kreuzverhör genommen und das zu den unterschiedlichsten Themenbereichen. Besonders in Fahrt kam die Diskussion mit der Frage nach dem, von der schwarz-gelben Bundesregierung, eingeführten Betreuungsgeld. Während Alexander Jäger (Piraten) den Kita-Ausbau forderte damit junge Mütter früher an den Arbeitsplatz zurückkehren können, erntete Burghard Grote (Grüne) viel Applaus für seine Feststellung „Das Betreuungsgeld ist der größte Unfug“. Auch Nadja Bühnen von den



Finger hoch: Magnus Stockhowe (20) aus Rahden ist Schüler des Berufskollegs. Seine Frage konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

ZWISCHENRUF

Politiker stellen sich Schülerfragen

Tacheles statt Wischiwaschi

VON JESSICA WEISER

Sechs Bundestagskandidaten, 650 Schüler, 200 Fragen: Politikverdrossenheit bei Jugendlichen? Keine Spur. Die vielen Fragen und vor allem Nachfragen beweisen, dass sich die Schüler Gedanken gemacht haben. Am Ende blieb vieles unbeantwortet, weil schlicht die Zeit fehlte. Geholfen hätte da ver-

mutlich eine Zeitbeschränkung für die Politiker. Tacheles statt Wischiwaschi. Aber auch die Schüler hätten zurückstecken müssen. Statt sich bei der Frage nach dem Betreuungsgeld im Kreis zu drehen und auf einen Sinneswandel der Politiker zu warten, hätten mehr Fragen gestellt werden können.

Linken, SPD-Kandidat Achim Post und der FDP-Mann Andreas Eickmeier sprachen sich für eine Abschaffung des Betreuungsgeldes aus. Einzig der Bundestagskandidat der CDU, Stefan Kampeter, rechtfertigte die Entscheidung seiner Partei. Der Staat biete materielle und organisatorische Unterstützung. Jede Familie könne frei wählen, wofür sie sich entscheide. Das brachte ihm viel Kritik ein. „Das Geld wird falsch eingesetzt“, kritisierte eine Schülerin der Fachoberschule für Sozial- und Gesundheitswesen.

Auch die nächste Frage brachte Kampeter nicht die Gunst der Schüler. Ob er die Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bezug auf das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare teile? Kampeter bejahte dies und erntete dafür Pfiffe und Buhrufe. Die anderen Kandidaten ernteten mit ihren Ansichten hingegen viel Applaus. „Wenn zwei Menschen sich finden und sich entschließen ein Kind zu adoptieren, dann verdient das Anerkennung“, so Eickmeier. Auch Burghard Grote plädierte für die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare. Man lebe schließlich im 21. Jahrhundert.

Gut an kamen bei den Jugendlichen vor allem knappe und präzise Antworten. „Herr Kampeter hatte schon genug Redeanteil, deshalb geht meine Frage nur noch an die FDP“, beschloss ein Schüler, der mehr

zum Thema Rüstungsexporte wissen wollte. „Sicheres Geld auf Kosten von Menschenleben?“ Das wollte Eickmeier so nicht stehen lassen: „Rüstungsexporte sind vom Gesetz streng geregelt“. Achim Post wurde da konkreter: „Wir fordern die Lieferung von Waffen in Krisengebiete wie Saudi Arabien zu unterbinden“. Geliefert werden dürfe nur noch an Nato-Partner. Post warf der CDU vor die Waffengesetze Stück für Stück zu lockern.

Erfahren wollten die Schüler im Laufe des Vormittags auch mehr über das Erneuerbare-Energien-Gesetz. „Ist die EEG-Umlage fair“, wollte eine Fragestellerin wissen. Nicht fair, befanden Bühnen und Jäger einstimmig. Grote forderte die Energiewende endlich umzusetzen, wenn möglich durch ein Energieministerium. Auch Eickmeier von der FDP bemängelte, dass es zu viele Betriebe von der Umlagezahlung befreit seien. Kampeter hingegen rechnete vor, dass das Hauptproblem ganz woanders liege. „Wir zahlen zu viel für erneuerbare Energien.“

Angesprochen darauf, ob sie ihre Wahlversprechen einhalten werden, betonten die Kandidaten einstimmig, dass sie nur das Versprechen würden, was sie auch nach der Wahl halten können. Das reichte von „sicherer Arbeit“, über „sicheres Geld“ bis hin zu „gleichen Chance für alle“.

Anzeige

Gesetzlicher Mindestlohn.
Solidarische Bürgerversicherung.
Sozial gestaltete Energiewende.
Gleicher Lohn für Frauen und Männer.

„Das geht. Aber nur mit uns!“

Gebührenfreiheit für Kitas.
Mehr Geld für Bildung.

SPD

www.achimpost.de

Bundestagswahl 22. September 2013

Achim Post

Für Minden-Lübbecke
in den Bundestag